

# Offene Worte

Online Nr. 61

Zeitung der LINKEN für den Barnim 4. Nov. 2020, 30. Jahrg.

## Abstand im Schulbus organisieren

LINKE: Private Busunternehmen übergangsweise beauftragen

Angesichts des aktuellen Pandemie-Geschehens fordern Kathrin Dannenberg, Vorsitzende der Brandenburger Landtagsfraktion der LINKEN, und der verkehrspolitische Sprecher, Christian Görke, den Schülerverkehr zu stärken, um die Abstandsregeln in den Bussen besser einhalten zu können.

„Es ist eine richtige Entscheidung, die Schulen während des teilweisen Lockdown im November offen zu lassen. Das ist bildungspolitisch geboten und nach dem gegenwärtigen Wissensstand epidemiologisch verantwortbar“, erklärt Dannenberg. „Allerdings schlagen wir vor, den Schülerver-

kehr zu verstärken, damit auch in den Bussen der gebotene Mindestabstand der Kinder untereinander besser eingehalten werden kann. Denn gegenwärtig sind viele Schulbusse im Land nach Auskunft vieler Eltern einfach zu voll“, so die Fraktionsvorsitzende.

„In diesem Zusammenhang plädiere ich ausdrücklich dafür, private Busunternehmen mit ihren derzeit nicht genutzten Reisebussen zu beauftragen, das Angebot im Schülerverkehr zu verbessern. Übervolle Schulbusse sind kontraproduktiv bei den aktuellen Bestrebungen, das Infektionsgeschehen wirksam zurück zu drängen“, so

Christian Görke.

Finanziert werden kann das zusätzliche Angebot der Landkreise im Schülerverkehr aus dem im Frühjahr vom Landtag beschlossenen Corona-Rettungsschirm, betonen die LINKEN. Von den 2 Milliarden werden bis zum Jahresende voraussichtlich nur rund 700 Millionen Euro benötigt. „Da gibt es finanziellen Spielraum, um einen pandemiegerechten Schülerverkehr sofort zu finanzieren. Zudem hätten die beauftragten Busunternehmen eine Teilkompensation für den nun wieder wegfallenden Reiseverkehr“, meint Görke abschließend. (pm)

## Regionalversammlung Werneuchen-Ahrensfelde

Der Regionalvorstand DIE LINKE Werneuchen/Ahrensfelde, hat sich darauf geeinigt, die Mitgliederversammlung am 6. November ausfallen zu lassen. Über die geplante Mitgliederversammlung am 4. Dezember wird gesondert entschieden werden.

„Aus Respekt und Rücksichtnahme gegenüber unseren Genoss\*innen und der Gesundheit unserer Mitglieder“, teilte Regionalverbandsvorsitzender Alexancer Horn mit. Bei den derzeitigen massiven Eingriffen in das öffentliche, wirtschaftliche und private Leben will die LINKE ihrem solidarischen Anspruch treu bleiben und auf die Veranstaltung verzichten. (ah)



## Welt ohne Atomwaffen?

Ab Januar könnte Einsatz, Produktion und Lagerung von Atomwaffen sowie die Androhung von deren Einsatz weltweit verboten werden

Endlich könnte ein internationaler Vertrag in Kraft treten, der den Einsatz, die Entwicklung, Produktion und Lagerung von Atomwaffen sowie auch die Drohung mit deren Einsatz verbietet. Der Vertrag war im Juli 2017 von der UN-Vollversammlung mit den Stimmen von 122 Staaten verabschiedet worden. Nach den Regeln der Vereinten Nationen müssen die Länder danach dem Vertrag beitreten und ihn ratifizieren. Mit Honduras hat nun der 50. Staat in der letzten Woche die Ratifizierung abgeschlossen. Damit ist das Mindestquorum für die Gültigkeit erreicht. Danach, so berichtet „Die Zeit“ mit Berufung auf einen UN-Vertreter, kann der Vertrag innerhalb von 90 Tagen in Kraft treten, also im Januar 2021.

Alle Staaten, die Atomwaffen besitzen, haben diesen Vertrag allerdings bisher nicht ratifiziert. Auch Deutschland boykottiert den Vertrag. Die größten Atomkräfte wie die USA, Frankreich, Großbritannien, China und Russland verweisen zudem auf ihre Mitgliedschaft im Atomwaffensperrvertrag, dem jedoch zum Beispiel Pakistan, Israel, Indien und Nordkorea nicht angehören. Im aus dem Jahr 1968 stammenden Atomwaffensperrvertrag verpflichten sich die Atomstaaten zur Nichtverbreitung und

Abrüstung, atomwaffenfreie Staaten verpflichten sich, keine Atomwaffen zu erwerben. Atomwaffenstaaten sollen außerdem anderen bei der zivilen Nutzung der Atomenergie helfen.

ICAN Deutschland e.V., der deutsche Zweig der internationalen Abrüstungsorganisation, die 2017 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde, kommentiert auf seiner Homepage, dass



**Kein Frieden ohne Abrüstung!**  
**DIE LINKE.**

der Verbotvertrag bereits Wirkung zeige. 170 Bundestagsabgeordnete, 16 von 16 Landeshauptstädte und vier Bundesländer hätten die Bundesregierung zur Unterzeichnung des UN-Atomwaffenverbots aufgerufen. „Anstatt sich hinter der NATO zu verstecken, sollte die Bundesregierung mit ihren Bündnispartnern einen Ausstieg von der nukleare Abschreckung aushandeln“, so ICAN auf seiner Homepage. (bc)

## #AlarmstufeRot: LINKE fordert Unternehmerlohn

Bernd Riexinger, Bundesvorsitzender der LINKEN, forderte am 2. November zusätzliche Hilfen für besonders von Corona betroffene Bereiche wie die Veranstaltungs- und Kulturbranche, Tourismus und Gastronomie. „Die Bundesregierung schließt die Kneipen und Konzertsäle, damit die Fließbänder und Schlachtereien weiterlaufen können. Die Verteilung der Hilfen gleicht das nicht aus, sondern verschärft die Ungleichbehandlung“, betonte Riexinger.

Zwar gibt es mit dem neuen Corona-Hilfspaket der Bundesregierung die Möglichkeit, 75 Prozent des Umsatzes des Vorjahresmonats geltend zu machen, doch voraussichtlich nur für diejenigen, deren Schließung unmittelbar angeordnet wurde. Was mit mittelbar Betroffenen ist, bleibt noch abzuwarten. Der von den LINKEN in Brandenburg geforderte Unternehmerlohn von 1.180 Euro monatlich, den Bayern oder Thüringen zum Beispiel zahlen, wäre eine wichtige Hilfe. (bc)

**Herausgeber:** Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN  
**Kontakt:** DIE LINKE Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon zurzeit: 03334-385488  
**E-Mail:** [offeneworte@dielinke-barnim.de](mailto:offeneworte@dielinke-barnim.de); ViSdP: Sebastian Walter.

nächste OW am  
8. November